

Interdisziplinäre Diskursforschung

Friedemann Vogel · Fabian Deus *Hrsg.*

Diskursintervention

Normativer Maßstab der Kritik
und praktische Perspektiven zur
Kultivierung öffentlicher Diskurse



Springer VS

Interdisziplinäre Diskursforschung

Reihe herausgegeben von

Reiner Keller, Lehrstuhl für Soziologie, Universität Augsburg, Augsburg,
Deutschland

Achim Landwehr, Lehrstuhl für Geschichte der frühen Neuzeit, Universität
Düsseldorf, Düsseldorf, Deutschland

Wolf-Andreas Liebert, Institut für Germanistik, Universität Koblenz-Landau,
Koblenz, Deutschland

Martin Nonhoff, Institut für Interkulturelle und Internationale Studien,
Universität Bremen, Bremen, Deutschland

Seit Mitte der 1990er Jahre hat sich im deutschsprachigen Raum in den Geschichts-, Sprach- und Politikwissenschaften, in der Soziologie und in angrenzenden Disziplinen eine lebendige und vielfach vernetzte Szene der diskurstheoretisch begründeten empirischen Diskurs- und Dispositivforschung entwickelt. Die Reihe trägt dieser neuen interdisziplinären Aufmerksamkeit Rechnung. Sie bietet ein disziplinenübergreifendes Forum für die Entwicklung der Diskurstheorien sowie der empirischen Diskurs- und Dispositivforschung und stärkt dadurch deren Institutionalisierung. Veröffentlicht werden • thematisch zusammenhängende inter- und transdisziplinäre Bände, die sich mit ausgewählten Theorien, Methodologien und Themen der Diskurstheorie sowie der empirischen Diskurs- und Dispositivforschung beschäftigen; • disziplinspezifische Monographien und Diskussionsbeiträge, die theoretische, methodologische und methodische Reflexionen sowie Forschungsergebnisse aus einzelnen Disziplinen bündeln; und • herausragende Theorie- und Forschungsmonographien. Aufnahmen in die Reihe erfolgen nach einem wissenschaftlichen Begutachtungsverfahren (Peer Review) durch die Herausgeber und weitere Expertinnen bzw. Experten.

Weitere Bände in der Reihe <http://www.springer.com/series/12292>

Friedemann Vogel · Fabian Deus
(Hrsg.)

Diskursintervention

Normativer Maßstab der Kritik
und praktische Perspektiven zur
Kultivierung öffentlicher Diskurse

Hrsg.

Friedemann Vogel
Universität Siegen
Siegen, Deutschland

Fabian Deus
Germanistisches Seminar, Universität
Siegen
Siegen, Deutschland

ISSN 2626-2118

ISSN 2626-2126 (electronic)

Interdisziplinäre Diskursforschung

ISBN 978-3-658-30558-1

ISBN 978-3-658-30559-8 (eBook)

<https://doi.org/10.1007/978-3-658-30559-8>

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© Der/die Herausgeber bzw. der/die Autor(en), exklusiv lizenziert durch Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH, ein Teil von Springer Nature 2020

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von allgemein beschreibenden Bezeichnungen, Marken, Unternehmensnamen etc. in diesem Werk bedeutet nicht, dass diese frei durch jedermann benutzt werden dürfen. Die Berechtigung zur Benutzung unterliegt, auch ohne gesonderten Hinweis hierzu, den Regeln des Markenrechts. Die Rechte des jeweiligen Zeicheninhabers sind zu beachten.

Der Verlag, die Autoren und die Herausgeber gehen davon aus, dass die Angaben und Informationen in diesem Werk zum Zeitpunkt der Veröffentlichung vollständig und korrekt sind. Weder der Verlag, noch die Autoren oder die Herausgeber übernehmen, ausdrücklich oder implizit, Gewähr für den Inhalt des Werkes, etwaige Fehler oder Äußerungen. Der Verlag bleibt im Hinblick auf geografische Zuordnungen und Gebietsbezeichnungen in veröffentlichten Karten und Institutionsadressen neutral.

Planung/Lektorat: Katrin Emmerich

Springer VS ist ein Imprint der eingetragenen Gesellschaft Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH und ist ein Teil von Springer Nature.

Die Anschrift der Gesellschaft ist: Abraham-Lincoln-Str. 46, 65189 Wiesbaden, Germany

Vorwort der Herausgeber

Phänomene der strategischen Kommunikation sind Gegenstand unterschiedlicher Disziplinen und Forschungsrichtungen mit teilweise verschiedenen Annahmen, methodischen Zugängen und Zielen. Bei aller Vielfalt lässt sich jedoch feststellen, dass sich die verschiedenen Forschungsvarianten ihren Gegenstand meist aus einer distanzierten Beobachter-Position vornehmen. Selbst bei jenen Ansätzen, die sich explizit einem kritischen Engagement verschrieben haben, bleibt die ‚scientific community‘ in der Praxis de facto meist der anvisierte und tatsächlich erreichte Adressatenkreis.

Diese Zurückhaltung ist keineswegs selbstverständlich: Indem die Forschung Muster und Strukturen, Konstellationen und Operationen strategischer Kommunikation wissenschaftlich beschreibt, generiert sie (idealiter) Wissen, das in den Diskursen selbst nicht vorkommt und nicht geschaffen werden kann. Dieses Wissen ist als Ressource zu verstehen, die ein großes Potenzial zur Wirkung in der strategisch-kommunikativen Praxis hat: Indem es unbemerkte Strukturen und Phänomene transparent macht, werden diese erst zum möglichen Gegenstand demokratischer Aushandlungsprozesse. Und indem ungleiche Verhältnisse zwischen verschiedenen Akteuren sichtbar werden, leistet es einen Beitrag zur Herstellung von ‚Waffengleichheit‘ im Diskurs.

Ihre kanonisierten Vordenker verstanden Diskursanalyse meist nicht als passive Beschreibungswissenschaft, die ihren Gegenstand aus sicherer Distanz betrachtet, sondern als Werkzeug, um im Diskurs handlungsfähig zu werden und einzugreifen. Eine Diskursforschung, die sich derartiges vornimmt und auch leisten kann, wird außerhalb der Universitäten jedoch bis heute kaum wahrgenommen. Dabei indizieren die alljährliche Medienpräsenz der Verleihung des „Unworts des Jahres“ oder die enorme Aufmerksamkeit, die das Thema ‚politisches Framing‘ in Teilen der Medien und der Gesellschaft erfahren hat, dass die Nachfrage nach wissenschaftlichen Perspektiven groß ist.

Auch von der Seite der diskursiven Praxis her betrachtet erscheint eine involvierte Forschung prinzipiell wünschenswert, zumal in Zeiten neuer Öffentlichkeiten und Diskurspositionen: das Aufrücken von sozialen Medien zu zentralen Orten der politischen Auseinandersetzung (einschließlich der Verzerrungen durch intransparente algorithmisierte Verfahren); der damit einhergehende Vertrauens- und Relevanzversverlust des tradierten (massenkommunikativen) Mediensystems in Teilen der Bevölkerung. Dieser grundlegende Wandel öffentlicher Kommunikation wird vielfach in Verbindung gebracht mit einer ‚Verrohung‘ der gesellschaftlichen Debatte, die ihre partizipativ-demokratische Funktion angesichts von ‚Echokammern‘ und omnipräsenten ‚Fake-News‘ kaum mehr erfüllen könne.

Ist es vor diesem Hintergrund möglich, wissenschaftlich in öffentliche Diskurse zu intervenieren? Ist dies gar notwendig, und wenn ja, welche normativen Maßstäbe legitimierten dazu (oder auch nicht)? Welche interventionistischen Praxisformen wurden bereits erprobt und was kann das Ziel sein einer Diskursintervention, die ihrem Auftrag entsprechend wissenschaftlich sein will und muss? Unter anderem diese Fragen waren Gegenstand der Siegener Tagung „Diskursintervention – Normativer Maßstab der Kritik und praktische Perspektiven zur Kultivierung öffentlicher Diskurse“ (31.01.–01.02.2019; www.diskursintervention.diskursmonitor.de). Sie brachte ForscherInnen und PraktikerInnen verschiedener Richtungen und Disziplinen zusammen. Die hier veröffentlichten Beiträge dokumentieren die ausgearbeiteten Redebeiträge der verschiedenen Panel, die bewusst knapp und thesenartig gehalten sind. In der ersten Sektion beschäftigen sie sich mit grundsätzlichen Fragen danach, wie Diskursinterventionen wissenschaftlich konzipiert und legitimiert werden kann. Dazu werden auch etablierte Forschungsperspektiven und Diskussionsstände befragt. Der zweite Teil des Bandes widmet sich konkret den medialen Rahmenbedingungen möglicher interventionistischer Praxis. Der Band wird abgeschlossen durch zwei Beiträge, die Beispiele diskursinterventionistischer Praxis vorstellen und evaluieren. Der vorliegende Band gibt damit den gegenwärtigen Diskussionsstand wieder und fordert auf: zu weiterer Debatte und zur praktischen Erprobung.

Wir danken allen Kolleginnen und Kollegen, die diese Debatte mit uns gemeinsam weiterführen, den Reihenherausgebern für die Aufnahme dieses Bandes sowie Marie Briese für ihre Unterstützung bei der redaktorischen Einrichtung des Textes.

Siegen
im Januar 2020

Fabian Deus
Friedemann Vogel

Inhaltsverzeichnis

Maßstäbe und Programme der Diskursintervention

Reflexive Diskursintervention	3
Wolf-Andreas Liebert	
Es gibt nichts Gutes, außer man tut es – Demokratie und Menschenrecht als Maßstab linguistischer Diskursintervention	17
Friedemann Vogel	
Strukturelle Dialogizität	29
Ekkehard Felder	
Diskursinterventionen in der Kritik medialer Kontrolle: Vier Thesen . . .	39
Stephan Packard	
Von der Diskursintervention zu den öffentlichen Kontroversen	55
Hagen Schölzel	
Diskursintervention und Politisches Engagement	69
David Salomon	
Die Verfassung als Maßstab für Diskursinterventionen	81
Ralph Christensen	
Empirie und Diskursintervention: Für eine deskriptive Fundierung politischer Interventionen am Beispiel deutscher Militäreinsätze	91
Dorothee Meer	
Kritische Diskursanalyse – Zwischen akademischer Fingerübung und emanzipatorischer Praxis	105
Martin Reisigl	

Moralkommunikation ist billig – Moral ist teuer: 15 Thesen.	125
Clemens Knobloch	
Normalisierungs- und Skandalisierungsstrategien unterlaufen – Inhalte und Rationalitätskerne ernstnehmen. Thesen und Perspektiven für Gegenstrategien zu rechten Diskursinterventionen . . .	141
Tino Heim	
Kritik der Medien – Medien der Kritik	
Kritik der Medien – Medien der Kritik: Ein Kommentar aus der journalistischen Praxis.	163
Annette Leiterer	
Pflege der öffentlichen Diskursmoral: Erfolgsmodell oder zum Scheitern verurteilt?	169
Wolfgang Lieb	
Medien zwischen Reflex und Relevanz(suggestion).	179
Sabine Schiffer	
Praxis wissenschaftlicher Diskursintervention	
Die sprachkritische Aktion „Unwort des Jahres“ – Diskurssensibilisierung oder Medien-Hype?	193
Martin Wengeler	
Diskursmonitor – Eine Online-Plattform zur Aufklärung strategischer Kommunikation in Diskursen.	203
Friedemann Vogel, Fabian Deus, Jan Oliver Rüdiger und Felix Tripps	
Stichwortverzeichnis.	215

Autorenverzeichnis

Ralph Christensen Dr. iur. Dr. phil., Repetitor für Öffentliches Recht

Fabian Deus Dr. des., Wissenschaftlicher Mitarbeiter; Germanistisches Seminar, Universität Siegen, fabian.deus@uni-siegen.de, <https://www.diskurslinguistik.net>

Ekkehard Felder Prof. Dr., Germanistisches Seminar, Universität Heidelberg

Tino Heim Dr., Wissenschaftlicher Mitarbeiter; Institut für Soziologie, TU Dresden

Clemens Knobloch Prof. em. Dr., Professor für Sprachpsychologie, sprachliche Kommunikation und Geschichte der deutschen Sprachwissenschaft; Germanistisches Seminar, Universität Siegen, <https://clemensknobloch.de>

Annette Leiterer Redaktionsleiterin des Medienmagazins ZAPP beim Norddeutschen Rundfunk (NDR)

Wolfgang Lieb Dr., Jurist und Publizist, ehem. Regierungssprecher und Staatssekretär in Nordrhein-Westfalen; Köln

Wolf-Andreas Liebert Prof. Dr., Institut für Germanistik, Universität Koblenz-Landau

Dorothee Meer Prof. Dr., Germanistisches Institut, Ruhr-Universität Bochum

Stephan Packard Prof. Dr., Institut für Medienkultur und Theater, Universität zu Köln

Martin Reisigl Ass.-Prof. Dr., Institut für Sprachwissenschaft, Universität Wien

Jan Oliver Rüdiger M.A., Wissenschaftlicher Mitarbeiter; Germanistisches Seminar, Universität Siegen, <https://notes.jan-oliver-ruediger.de>

David Salomon Dr., Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Institut für Politikwissenschaft, Leibniz Universität Hannover

Sabine Schiffer Prof. Dr., Professorin im Fachbereich Journalismus und Kommunikation; HMKW Frankfurt a.M./Institut für Medienverantwortung; <https://www.medienverantwortung.de>

Hagen Schölzel Dr., Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Institut für Kommunikationswissenschaft der Friedrich-Schiller-Universität Jena

Felix Tripps M.A., Wissenschaftlicher Mitarbeiter; Germanistisches Seminar, Universität Siegen, <https://www.diskurslinguistik.net>

Friedemann Vogel Prof. Dr., Professor für Sozio- und Diskurslinguistik, Germanistisches Seminar, Universität Siegen; friedemann.vogel@uni-siegen.de, <https://www.diskurslinguistik.net>

Martin Wengeler Prof. Dr., Professor für Germanistische Sprachwissenschaft; FB II Germanistik, Universität Trier

Maßstäbe und Programme der Diskursintervention

Reflexive Diskursintervention

Wolf-Andreas Liebert

1 Grundprobleme einer Diskursintervention

Eine Intervention setzt einen Konnex eines Außen und eines Innen voraus. In einer einfachen Vorstellung haben Diskursforschende in einem Außen ein Ziel und wissen um ein Verfahren, das Innen von einem Zustand A in einen Zustand B zu versetzen. Diskurs erscheint hier als Container, in den Diskursforschende bestimmte Interventionshandlungen strategisch einbringen können, damit dessen Innenleben absichtsvoll verändert werden kann. Diskursforschende sind allerdings keine Katalysatoren, die bei solchen Prozessen unberührt bleiben. Sowohl die Forschenden selbst, ihre Interventionen als auch ihre Ergebnisse sind Teil des Diskurses und verändern sich, während sie handeln. Wer eine Diskursintervention durchführt, wird selbst zum Akteur und Teil des Diskurses, den er oder sie untersucht.

Eine Möglichkeit, dies zu berücksichtigen, könnte mit dem Begriff des Spezialdiskurses von Jürgen Link (1982) unternommen werden. Hierzu würde auch die Guerilla-Metapher passen: Die Diskurs-Guerilla befreit die in ihren Zeichensystemen Gefangenen aus ihren Zellen. Auch eine Reflexivität wäre möglich, wenn die Guerilla selbst gefangen wäre und zusammen mit den anderen den Ausbruch plante.

Doch was ist, wenn die Guerilleros, von denen hier die Rede ist, erfahren, dass sie nur Teil einer Metapher eines Aufsatzes in einem diskursanalytischen Sammelband sind? Wenn sie also anfangen, ihre grundlegenden Deutungsmuster

W.-A. Liebert (✉)
Koblenz, Deutschland
E-Mail: liebert@uni-koblenz.de

infrage zu stellen und die Diskursgebundenheit ihrer eigenen Kategorien zu hinterfragen?

Diese wäre die Position einer reflexiven Diskursintervention, die an eine Diskurshermeneutik nach Hermanns (2007) anknüpfen könnte:

Jede diskurslinguistische Theorie der Intervention muss sich (...) selbst als eine soziale Praxis begreifen, die zunächst versucht, sprachlich-gesellschaftliches Handeln von Sozialitäten zu verstehen. Das forschende Subjekt wird dabei zunehmend selbst in die heterogenen Netzwerke, die es erforscht, vernetzt, kann dadurch aber neue Information schaffen. Wenn so beim forschenden Subjekt ein Verständnis entstanden ist oder sogar Ideen zur Lösung von Problemen und Bewältigung von Krisen, dann besteht der letzte Schritt darin, das Verstehen und die Ideen mit der untersuchten Sozialität wieder zu teilen; – vielleicht erweisen sie sich als brauchbar. (Liebert 2004, S. 152)

Diese etwas älteren Gedanken zeigen keine Guerilleros, die einen klaren Feind und einen klaren Auftrag haben, sondern ein Forschungssubjekt, das ähnlich einer Feldforschung bedächtig und vorsichtig den Kontakt zu den Diskursakteuren aufbaut und dabei mit so viel Empathie wie möglich vorgeht. Die Intervention ist keine wilde Aktion, sondern ein überlegter Vorschlag.

Die große Unsicherheit, die hier zum Vorschein kommt, liegt an dem zugrunde liegenden Diskursbegriff: Der Diskurs erscheint als Medium, in dem sich Akteure, auch die Diskursanalytiker*innen entfalten, bewegen und relationieren. Die Grenzen zwischen Forschungssubjekt und Forschungsobjekt verschwimmen hier, es gibt keinen Standort außerhalb des Diskurses und damit keinen festen Boden für diskursanalytische Aussagen und Bewertungen. Entsprechend vorsichtig müssen diese ausgesprochen werden. Eine reflexive Diskursintervention muss daher die Eigenbewegung und Positionierung der Intervenierenden mit beschreiben. Da diese Beschreibung selbst wiederum Teil des Diskurses wäre, müsste auch diese Beschreibung mit beschrieben werden, was schließlich zu einem infiniten Regress führen würde.

Da es nur Wenige gibt, die sich einem solchen infiniten Regress verschreiben würden, stellt sich die Frage: Welche Auswege könnten sich daraus ergeben?

Die *erste Möglichkeit* wäre: Wir lassen den Begriff der Diskursintervention fallen, denn alles Handeln ist auch Diskursintervention. Es gibt kein substantiierbares Außen und Innen.

Die *zweite Möglichkeit* wäre: Wir nennen Formen des auf Diskursforschung sich beziehenden gesellschaftlichen und politischen Handelns „Diskursintervention“ und sprechen von einer *engagierten Diskursforschung*. Damit greife

ich einen Ausdruck Friedemann Vogels (2013) und auch David Salomons auf (in diesem Band).

Die *dritte Möglichkeit* lautet: Wir fokussieren Diskursforschung auf konkrete lokale und zeitliche Ereignisse unserer näheren Lebenswelt, in die wir durch Alltagsbezüge involviert sind, und nennen dies „Diskursintervention“. Damit reflektieren wir noch vor jeder Diskursanalyse unsere Diskurseingebundenheit, von der wir uns nur abstrakt-ideell abschneiden können. Hierfür werde ich den Begriff der *reflexiven Diskursintervention* vorschlagen.

Für Diskursforschende würde die dritte Möglichkeit bedeuten, an der eigenen, näheren Lebens- und Arbeitswelt anzuknüpfen. Wir untersuchen sozusagen die eigene Lebenswelt, in der wir als Diskursforschende unseren Alltag fristen. Wir gehen den Diskursereignissen in der Nähe nach, bei denen wir das Gefühl haben, dass hier eine Diskursanalyse eine gute Grundlage für eine Intervention wäre. Aus dem konstitutiven, subjekthaften Involviert-Sein würde also planvolles Engagement erwachsen. Natürlich sind lokale Diskurse in größere Diskurs- und Dispositivzusammenhänge eingebunden, ohne die lokale Diskurse nicht zu denken sind – dies wird sich auch gleich noch in der Beispielanalyse zeigen. Es geht hier um den Ausgangspunkt, mich von Anfang an als Forschungssubjekt in einer diskursiven Lebenswelt zu reflektieren und zu aktivieren. Oft haben wir aber genau bei den uns nahen, aktuellen, brisanten, schnellen Diskursverläufen weder Zeit noch Mittel, diese auch tatsächlich so schnell durchzuführen, dass sie als Intervention noch taugt. Hier wäre der von Friedemann Vogel (in diesem Band) angedachte Diskursmonitor eine wichtige Ressource.

Die Reflexion der eigenen Diskurseingebundenheit eröffnet noch eine weitere, von Slavoj Žižek (2014) vorgetragene Möglichkeit: Wir gehen davon aus, dass wir als Intervenierende stets selbst blinde Flecken haben und versuchen, diese durch kooperative Reflexion sichtbar zu machen. Dies könnte insbesondere hilfreich sein, um – und hier beziehe ich mich auf Tino Heim (in diesem Band) – die „Rationalitätskerne“ in rechtspopulistischen Diskursen zu erkennen und nicht auf den Skandalisierungsköder hereinzufallen. Eine Gefahr, auf die auch Hagen Schölzl (in diesem Band) hingewiesen hat.

Schließlich ergibt sich daraus eine neue Form des Sprechens, die weder wissenschaftlich, noch nicht-wissenschaftlich zu nennen ist, die ich *die Kunst der Ad-hoc-Analyse* nennen will. Was ist damit gemeint?

Wissenschaftliche Diskursanalysen, egal unter welchem Paradigma sie gemacht werden, stellen nicht das Arsenal (Gnosa 2018) bereit, um in ein laufendes Diskursereignis sinnvoll einzugreifen. Denn die Person oder die Gruppe, die eingreifen will, muss auch alle situativen und atmosphärischen Gegebenheiten der Interventionssituation aufnehmen und kooperativ reflektieren.

Ich bezeichne dies als *Kunst*, um deutlich zu machen, dass wir hier den Bereich der Wissenschaft verlassen, aber dennoch wissenschaftlich fundiert handeln. Wie jede Kunst wird sie durch Tun, Reflexion, Wissen und Technik erlernt und erfordert daher auch einen eigenen methodologischen Rahmen. Einige exemplarische Analysen am Beispiel des Koblenzer Burkiniverbots sollen dies verdeutlichen.

2 Exemplarische Analysen

Lebhafte Debatten wie an der Universität Siegen, ob etwa Vertreter der AfD in einem Seminar auftreten und diskutieren sollen, oder der schnell durchgeführte Stadtratsbeschluss in Koblenz, in dem ein Burkiniverbot in öffentlichen Schwimmbädern verhängt wurde, zeigen, wie hilfreich der von Friedemann Vogel (in diesem Band) angedachte Diskursmonitor für Ad-hoc-Diskursanalysen wäre: Denn so könnte eine an der Lebenswelt ansetzende, reflexive Diskursforschung nicht nur auf ein Netzwerk, sondern auch auf eine Ressource von Diskursanalysen zurückgreifen. Wir können dann in einer konkreten, politischen Situation das Wort ergreifen und uns dabei auf ein Arsenal von Diskursforschungen und Diskursforschenden stützen. Ad-hoc-Diskursanalysen können dann substantiiert als mikropolitische Interventionen durchgeführt werden. Dies soll am Beispiel des eben erwähnten Koblenzer Burkiniverbots erläutert werden.

Der lebensweltliche Ansatzpunkt: Das Koblenzer Burkiniverbot

Im folgenden Textausschnitt steht die entscheidende Änderung der im Stadtrat verhandelten Bäderordnung, um das Burkiniverbot durchzusetzen:

Der Aufenthalt im Nassbereich ist nur in Badehose, Badeanzug, Bikini oder Bade-shorts gestattet. Neoprenanzüge sind für Leistungsschwimmer und Triathleten im Rahmen des Schwimmtrainings zugelassen. Im Rahmen des Schulschwimmens wird das Tragen eines Burkinis zugelassen.

– Beschluss des Koblenzer Stadtrats am 14.12.2018

Dieser Zusatz zur Haus- und Badeordnung wurde im Dezember 2018 mit 24 zu 22 Stimmen bei einer Enthaltung mit den Stimmen von CDU, Freien Wählern und AfD beschlossen.¹

¹Am 14.6.2019 wurde der Stadtratsbeschluss vom Oberverwaltungsgericht Koblenz aufgehoben.

Vorangegangen war ein erster, erfolgloser Vorstoß der AfD im Stadtrat im November, der folgendermaßen begründet wurde:

Der Burkini ist nicht nur Badebekleidung, sondern auch ein religiöses Symbol, das für die Unterdrückung der Frau steht. Muslimischen Frauen muss eine gleichberechtigte Teilhabe am Schwimmen ermöglicht werden. Das ist durch das Tragen eines Burkini [sic!] nicht gewährleistet, weil eine optische Segregation stattfindet. Diese stellt ein Integrationshindernis dar. *In Europa stand der Bikini bzw. freizügige Bademode im Allgemeinen symbolisch für die Befreiung und Emanzipation der Frau.* Der Burkini hingegen steht für ihre Unterdrückung sowie für ein radikal-islamisches und patriarchalisches Gesellschaftsverständnis. Frauen werden durch die religiösen Bekleidungsvorschriften in ihrer persönlichen Freiheit stark eingeschränkt. Ein Burkini-Verbot stärkt die Emanzipation muslimischer Frauen und Mädchen, da dieses Mädchen und Frauen, die im Badeanzug schwimmen wollen, ein Argument liefert, wenn sie sich gegen islamistisch-fundamentalistisch eingestellte Eltern oder Verwandte durchsetzen müssen. Darüber hinaus leben bereits seit Jahrzehnten muslimische Familien in Koblenz, die die kommunalen Schwimmbäder auch in westlicher Badebekleidung aufsuchten und offensichtlich keinen Bedarf an einer Änderung der Badeordnung sahen. Eine pauschale Erlaubnis, Burkinis tragen zu dürfen, käme einem *vorausseilenden Gehorsam gegenüber dem islamistisch-fundamentalistischen Einwanderungsmilieu* gleich. Diesem darf aber im Sinne unserer bürgerlichen Freiheit nicht nachgegeben werden. Freiheitlich gesinnte muslimische Frauen und Mädchen erwarten in ihren Bemühungen um Integration zu Recht Unterstützung von den politischen Entscheidungsträgern.

– Antrag der AfD im Koblenzer Stadtrat am 8.11.2019 (Herv. W.-A.L.)

Auf den ersten Blick fallen in diesem Zitat aus der AfD-Begründung verschiedene Diskursverschränkungen aus Religion, Migration und Emanzipation auf. Diese sehen in der Begründung des erfolgreichen späteren Antrags von CDU und Freien Wählern deutlich anders aus, denn hier ist nun nicht mehr von Religion oder Emanzipation die Rede, sondern lediglich von Hygiene:

Nach Ansicht der Fraktionen von CDU und FREIE WÄHLER hat der Stadtrat das Recht und die Pflicht zu definieren, was gemeinhin als „übliche Bekleidung“ angesehen wird. Dabei ist zu beachten was bisher galt und andernorts gilt. Badehose, Badeanzug, Bikini oder Badeshorts sind insofern als „übliche Bekleidung“ anzusehen. Eine Definition, wie sie weitläufig verstanden wird. Nach II. 3. b. der neuen Haus- und Badeordnung ist zudem Personen der Zutritt zum Nassbereich nicht gestattet, die unter *anstoßerregende[sic!] Krankheiten oder meldepflichtige[sic!] übertragbare[sic!] Krankheiten im Sinne des Bundesseuchengesetzes oder offenen Wunden bzw. Hautausschlägen* leiden. Um diese Regelung überwachen zu können, müssen für das Badepersonal die Körper der Badegäste sichtbar sein. Wären die Badegäste vollständig bekleidet, wäre die Kontrolle unmöglich.

– Gemeinsamer Änderungsantrag von CDU und FREIE WÄHLER vom 14.12.2018 (Herv. W.-A.L.)

Genealogische Analyse: Das Eingebundensein in situationsübergreifende Diskurse

Werden also lediglich diese beiden kommunalpolitischen Anträge betrachtet, so sind bereits eine Vielzahl überkommener Diskurse involviert:

- Hygiene-Diskurs
- Feminismus-Diskurs
- Migrationsdiskurs
- Burkini-Diskurs (Verbote in Frankreich und anderen Ländern, Gerichtsurteile, Schulschwimmen)
- Religionsdiskurs
- Leistungsdiskurs (professioneller Schwimmsport)
- Diskurs um Rechtspopulismus

Interessant für die Analyse sind Diskursverschränkungen oder Diskursblendings. So scheint die Begründung von CDU und Freien Wählern nur auf die Hygiene abzielen. Aus der Diskursforschung wissen wir aber, dass sog. ‚unzivilisierte Völker‘ und Hygiene im Rassismuskurs aufs Engste verknüpft sind. Hygiene galt Anfang des 20. Jahrhunderts als tragende Säule des Staates, die „Hygiene der Juden“ wurde dabei in antisemitischer Weise als besonders problematisch dargestellt (vgl. Geulen 2004, S. 260).

Wenn wir nun noch einmal auf die Begründung des Burkiniverbots von CDU und FW blicken, dann lässt sich also ein ähnliches rassistisches Muster ausmachen, denn die erlaubten Badeanzüge, lange Badehosen oder Neoprenanzüge verdecken ja genug Körperteile, an denen Krankheiten nach dem dort zitierten Bundesseuchengesetzes vorhanden sein könnten. Trägern dieser Badebekleidung wird anscheinend ein angemessenes Hygieneverhalten unterstellt. ‚Seuchenüberträger‘ können in dieser Denkweise nur muslimische Frauen mit Burkini sein. Nur diese verstecken unter ihrem Burkini „übertragbare Krankheiten im Sinne des Bundesseuchengesetzes oder offene[.] Wunden bzw. Hautausschläge[.]“ (ebd.).

Durch das Aktivieren des Hygienediskurses zur Ausgrenzung von Minderheiten durch die Begründung von CDU und Freien Wählern wird der rassistische Diskurs, der im Antrag der AfD angelegt war, deutlich verschärft.

Auf der Suche nach einer sinnvollen Diskursintervention: Der Weg in die Unklarheit

Einmal analysiert, fällt es nicht leicht, eine angemessene Intervention abzuleiten. Soll der CDU und den Freien Wählern öffentlich ‚der Spiegel vorgehalten‘ werden? Soll das informelle Gespräch gesucht werden?

Auch ein sinnvoller Umgang mit dem Feminismus- und Emanzipationsdiskurs, der von der AfD selektiv aber systematisch vereinnahmt wird, ist nicht einfach. Der selektive und systematische Einsatz emanzipatorischer Muster scheint sich ausschließlich auf die Rolle der Frau *im Islam* zu beziehen. Dies kann sich als Argument gegen die Einwanderung muslimischer Männer manifestieren, vor allem aber gegen die religiös motivierte Verhüllung von Frauen durch Kleidungsstücke. Dass diese emanzipatorischen Redefiguren taktischer Natur sind, zeigt sich darin, dass sich rechtspopulistische Positionen in allen anderen Bereichen gegen die emanzipatorischen Bewegungen der Gegenwart richten, die sich etwa im feministischen und postfeministischen Diskurs oder im Genderdiskurs zeigen. Dennoch sorgt dieser taktische Zug für viel Verwirrung sowohl in konservativen als auch in liberalen Positionierungen. Zur Verdeutlichung soll folgender Auszug aus dem Antrag der AfD-Landtagsfraktion von Rheinland-Pfalz zum Verbot von Kopftüchern an Grundschulen dienen:

Gerade in Zeiten, in denen vermehrt über religiöses Mobbing an Schulen berichtet wird, dessen Ziel laut Aussagen von *Islam-Expertin Susanne Schröter* nicht nur kopftuchtragende Mädchen, sondern auch immer wieder Mädchen ohne Kopftuch seien, gelte es solchen Konflikten vorzubeugen. (...) Zu diesen Problemen äußerte sich unter anderem *Serap Güler, Integrationsstaatssekretärin der CDU in Nordrhein-Westfalen*. Ihren Aussagen zufolge diene das Kopftuch gemäß der islamischen Tradition dazu, weibliche Reize zu verhüllen. Wenn Eltern ihre Kinder im Grundschulalter Kopftuch tragen lassen, sexualisieren sie also in gewisser Weise das Kind. Sie unterstellen bei einem kleinen Mädchen Reize, die vor männlichen Blicken geschützt werden müssen. Auch für die *Soziologin Necla Kelek* ist das Kopftuch in der Schule eine schwere Diskriminierung und Sexualisierung der Mädchen, die *Autorin und Frauenrechtlerin Sonja Fatma Bläser* hält es für eine Bedrohung des Kindeswohls.

Drucksache 17/6253 (2018): Antrag der Fraktion der AfD im Landtag Rheinland-Pfalz vom 17.5.2018, Drucksache 17/6253: <https://www.landtag.rlp.de/landtag/drucksachen/6253-17.pdf> (Herv. W.-A.L.)

Die Verwirrung innerhalb konservativer Positionen zeigt sich in der Reaktion der rheinland-pfälzischen CDU, die ähnlich wie in der oben erwähnten kommunalen Burkinidebatte darin bestand, den Antrag der AfD abzulehnen, und einen „Alternativantrag“ zu formulieren (Drucksache 17/6297 vom 24.5.2018), der allerdings

wie eine schlechte Kopie des AfD-Antrags wirkt: das Kopftuchverbot für Grundschülerinnen wird um ein Fastenverbot erweitert, es finden sich ähnliche Argumente, aber ohne Belege. Der Antrag ist sprachlich weniger elaboriert und bleibt rhetorisch blaß. So sieht der Antrag den demokratischen Bildungsauftrag der Schule aufgrund von „falsch verstandener kultureller Toleranz“ (ebd.) in Gefahr. Hatte die AfD noch konkrete Studien zitiert und Namen genannt, wird im CDU-Antrag zum Existenznachweis dieses Phänomens lediglich ausgeführt: „Es mehren sich die Berichte von Lehrerverbänden und Pädagogen, die beobachten, dass die Verschleierung von jungen Mädchen in der Grundschule zunimmt.“ (ebd.). Es wird Symbolinterpretation betrieben, die die Grundlage für das Kopftuchverbot in der Schule bieten soll: „Das Kopftuch ist ein ambivalentes Symbol, das in seiner heutigen Erscheinungsform mindestens im selben Maße politisch wie religiös zu deuten ist.“ (ebd.) Diese Symbolinterpretation dient dann als ‚Beweis‘ für den „[...] antiliberalen und politischen Charakter einer solchen Erscheinungsform des Islams.“ (ebd.) und suggeriert damit einen „politischen Islam“ (ebd.), ohne diesen konkret als Institution, Gruppe oder Person benennen zu müssen – und vielleicht auch, ohne diesen überhaupt benennen zu können.

Aber auch innerhalb liberaler und linker Positionen schafft die taktische Verwendung emanzipativer Muster Verwirrung und Kontroversen. Die oben zitierten Gewährsfrauen im Antrag der AfD sind bekannte und teils auch sehr renommierte Wissenschaftlerinnen wie etwa Prof. Dr. Susanne Schröter. Damit entsteht eine Unsicherheit im Handeln und es ist eine Kontroverse entbrannt, ob eine auch nur eingeschränkte Positionierung gegen ‚das Kopftuch‘ oder die Thematisierung von Männergewalt von Geflüchteten selbst schon Rassismus ist oder diesen befördert, da diese Positionen von rassistischen und völkisch-nationalen Gruppen instrumentalisiert werden. Ein Beispiel ist die Konferenz „Das islamische Kopftuch. Symbol der Würde oder der Unterdrückung“, die am 8.5.2019 von Susanne Schröter an der Universität Frankfurt veranstaltet wurde. Diese führte in den sozialen Medien unter dem Hashtag #schroeter_raus zu massiven Vorwürfen eines ‚antimuslimischen Rassismus‘ und einer Forderung nach der Entlassung von Frau Professor Schröter.

Während die rechtspopulistische Vereinnahmung dieser Debatte ohne jeglichen Reibungsverlust sofort vollzogen wurde, gab es im linken Spektrum große Unsicherheiten, wie dies einzuschätzen und wie damit umzugehen sei. So spekuliert etwa Maximilian Probst (2019) in der ZEIT über den Shitstorm unter dem eben erwähnten Hashtag #schroeter_raus:

Ein Shitstorm kann sich auch mithilfe von Bots, also computergesteuerten Programmen, zusammenbrauen. Und dank der Fortschritte auf dem Gebiet der

künstlichen Intelligenz lässt sich selbst bei langen Texten von außen kaum unterscheiden, ob ein Mensch oder eine Maschine sie verfasst hat. Wer sollte aber auf dermaßen unlautere Weise einen Shitstorm fabrizieren? Man weiß es auch nicht. Wer zu spekulieren beginnt, dürfte so bald nicht haltmachen. In den USA hat der Mueller-Report ergeben, dass aus Russland gesteuerte nationalistische, aber auch islamische und linksidentitäre, postkolonialistische Facebook-Gruppen während des amerikanischen Präsidentschaftswahlkampfes äußerst aktiv Debatten aufgeheizt haben. Man weiß auch, dass das Heer der russischen Hacker und Diskurssaboteure sich vor ausländischen Wahlen immer stark in den sozialen Medien engagiert, um gesellschaftliche Spaltungen zu vertiefen, warum nicht auch vor der EU-Wahl? (ZEIT Nr. 21/19) Oder haben deutsche Rechtsnationalisten, demselben Kalkül folgend, am Shitstorm mitgewirkt? Das alles müsste man erörtern – oder über den Vorgang schweigen, bis mehr Informationen zur Verfügung stehen. (Probst 2019)

Probst spekuliert also, dass möglicherweise „Bots“, „das Heer der russischen Hacker und Diskurssaboteure“, „deutsche Rechtsnationalisten“ oder eine Kombination davon den Hashtag #schroeter_raus und den Shitstorm lanciert haben. Dies ist absurd, denn es haben sich ja Protagonisten selbst namentlich dazu bekannt. Aber auch die Konsequenz, die Probst zieht: „Das alles müsste man erörtern – oder über den Vorgang schweigen, bis mehr Informationen zur Verfügung stehen.“ ist absurd, denn das würde bedeuten, dass überhaupt keine Debatte in und über soziale Medien geführt werden könnte, denn die Anonymität ist ihr konstitutiver Bestandteil, selbst wenn einzelne Nutzer (vermeintlich) Klarnamen verwenden.

Dadurch entsteht eine Sagbarkeitsdebatte innerhalb von Positionen, selbst wenn diese alle grundsätzlich emanzipatorisch ausgerichtet sind.² Dies zeigt sich auch in der Debatte des Blogs *Übermedien* (<https://uebermedien.de/>) und der feministischen Zeitschrift *Emma*, für die Alice Schwarzer Stellung nimmt:

Ja, es stimmt, EMMA hat ausführlich über die Realität der Silvesternacht 2015 in Köln berichtet. Als eine von wenigen medialen Stimmen. In *Übermedien* liest sich das so: ‚EMMA benennt und skandalisiert die sexualisierte Gewalt der Männer überwiegend nordafrikanischer Herkunft in der Silvesternacht. Allerdings appelliert sie damit an Vorurteile und Stereotype, die in der Gesellschaft ohnehin schon verbreitet sind. Eine gefährliche Dynamik entsteht: Rechtsextreme und die AfD greifen den ursprünglich feministischen Diskurs über sexualisierte Gewalt auf und machen mit ihm gegen Einwanderung mobil.‘ (Schwarzer 2018)

²Zur jüngsten Episode der Sagbarkeitsdebatte vgl. Welzer 2019.

Und Alice Schwarzer schreibt weiter:

Was für die AfD ein leichtes Spiel ist, da Linke, Liberale, ja sogar Konservative wegsehen und schweigen. Sie sind es, diese Realitätsleugner, die Menschen, denen bisher Rassismus fern war, in die Arme von Rechten treiben! (ebd.)

Diese Debatte ist von Emotionalisierung, Eskalation, Schuldvorwürfen und Rechtfertigungen geprägt und zeigt, dass das rechtspopulistische taktische Adaptieren von Diskursmustern nicht nur in Bezug auf konservative, sondern auch auf liberale und linke Positionen erfolgreich war.³ Eine ähnliche Sagbarkeitsdebatte zeichnet sich um den Heimatbegriff (vgl. Schneider 2017) ab, der nicht mehr verwendet werden soll, da er von Rechtspopulisten instrumentalisiert werde.

Eine Intervention, die einfach nur ‚klare Kante‘ zeigen will, würde die dargestellten Unsicherheiten und Widersprüche ignorieren. Es kann daher vermutet werden, dass eine solche Intervention prinzipiell eher zur Stärkung rechtspopulistischer Positionen und zur (weiteren) (Selbst-)Zerstörung liberaler, konservativer und linker Positionen im demokratischen Spektrum beitragen würde.

3 Elemente einer reflexiven Diskursintervention

Die exemplarischen Analysen haben gezeigt, dass das Anknüpfen an den lokalen Diskurs genealogisch zu den neuralgischen Punkten und agonalen Zentren des überregionalen Diskurses führt und damit prinzipiell wieder in den Diskurs in der Absicht einer Intervention eingebracht werden könnte – auf lokaler wie auf überregionaler Ebene.

Welche Konsequenzen ergeben sich nun daraus für ein Modell einer reflexiven Diskursintervention? Dazu sollen zunächst die grundlegenden Komponenten einer Intervention betrachtet werden, um daraus dann einen selbstreflexiven, diskursspezifischen Interventionsbegriff zu entwickeln.

Der Begriff der Intervention beinhaltet eine oder mehrere Handlungen, die Akteure durchführen, um ein System von einem Zustand A in einen Zustand B zu versetzen, wobei der Zustand B der aus ihrer Sicht präferierte ist.

³Vgl. dazu auch Spitzmüller 2017. Warum diese Adaption emanzipatorischer Muster gelingt, ist eine noch offene Frage.